

# „Kampf um Frieden und Gleichberechtigung“\*

## Europäisches Appeasement und deutsche Aufrüstung 1933 - 1936

**LUIS LIENDO ESPINOZA**

*„Einfache Friedensliebe ist keine Entschuldigung, um Hunderte von Millionen einfacher Leute in einen totalen Krieg zu stürzen.“*

Winston Churchill,  
*Der Sturm zieht auf*

Unreflektierte Friedenssehnsucht ist nicht nur eine Macke der Zivilgesellschaft, auch kritischere Zeitgenossen versichern formal ihre Solidarität mit Israel, scheinen jedoch vor den notwendigen Konsequenzen einer solchen Solidarität zurückzuschrecken. Wie bereits etliche Male dargelegt wurde, ist diese Friedenssehnsucht letztlich Produkt der Abwehr einer schonungslosen Kritik des Nationalsozialismus. Die untergründige

Macht dieser Sehnsucht zeigt sich in Form einer geschickt verhüllten, doch tatsächlich weitverbreiteten Geschichtsblindheit bzw. als simple Weigerung zur nüchternen Analyse der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine Kritik einer Appeasementpolitik fußt zuerst auf einer Einschätzung der spezifischen Umstände und Akteure. So ergibt sich beispielsweise die Parteinahme für einen Militärschlag gegen die Atomanlagen des Iran nicht aus einem abstrakten Prinzip, sondern eben aus diesem die spezifischen Umstände berücksichtigenden Urteil. Im Falle des Iran wären zu nennen: Eine iranische Atombombe ist eine existenzielle Gefahr für den Staat Israel; EU, China und Russland werden sich keiner effektiven Sanktionspolitik gegen den Iran anschließen; die iranische Opposition ist zu schwach, um in absehbarer Zeit das Regime zu stürzen;

der Islamfaschismus strebt weltweit eine Eskalation an und ist nur durch (äußeren oder inneren) Widerstand zu bremsen. In anderen Fällen könnte eine unüberlegte Favorisierung militärischer Entschlossenheit desaströse Folgen nach sich

ziehen. Linke Freunde Israels wollen von solchen situationsspezifischen Überlegungen nichts wissen, dafür werden vorsorglich etliche „aber“ und Bedingungen platziert, um bei der ersten Gelegenheit, der kompromisslosen Bekämpfung des Islamfaschismus die Solidarität zu kündigen. Die simple Tatsache, dass angesichts der politischen Isolation der USA und Israels und der Aggressivität des Islamfaschismus, der War on Terror, mit all seinen Schwächen und Fehlern, die letzte Möglichkeit darstellt, den Vormarsch des Islamfaschismus zumindest zu bremsen, erscheint vor dem Hintergrund linken Denkschemas als Unmöglichkeit und hierin zeigt sich auch der Defätismus des linken bzw. konformen Antifaschismus, der sich seinem eigenen Anspruch nicht gewachsen zeigt. Die blöde Rücksicht auf die linke Gesinnungsgemeinschaft liegt nun einmal näher, als die Bekämpfung des Antisemitismus.

Im historischen Zusammenhang bezeichnet Appeasementpolitik gemeinhin, die politischen Vorgänge rund um das Münchener Abkommen 1938 als die Westmächte Nazideutschland den Freibrief zur Zerschlagung der Tschechoslowakei reichten. Weniger bekannt sind die historischen Ereignisse in der Frühphase des Dritten Reiches als dessen politische und militärische Basis noch angreifbar war. Dieser Zeitraum, Deutschlands Machtstreben und die Politik der Westmächte sollen hier beleuchtet werden.



*Träumt von einem neuen Holocaust*

## Genfer Konferenzen 1933

Nach dem Ende des I. Weltkrieges war es Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags von 1919 untersagt worden, ein schlagkräftiges militärisches Potential aufzubauen. Mit dem Machtantritt der NSDAP am 31. Januar 1933 begann die zuerst stille und schließlich offene massive Wiederaufrüstung der Reichswehr.

Die Genfer Abrüstungskonferenzen, die seit Anfang 1933 tagten, sollten einerseits Schritte zu einer europaweiten Abrüstung einleiten und andererseits über die Forderungen der Deutschen Regierung nach Rüstungsgleichheit beraten. Eine Forderung, die im Grunde bereits anerkannt war; es ging allein darum, diese Forderung im Rahmen einer europäischen Verhandlungslösung zu erfüllen. Die Konferenz war Ausdruck weitreichender internationaler Bemühungen, im Rahmen des Völkerbundes ein internationales Sicherheitssystem zur Befriedung Europas zu errichten. Deutschland war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Völkerbundes, seine Reparationsschulden waren in der Konferenz von Lausanne bis auf drei Milliarden Reichsmark getilgt worden und sein Streben nach Gleichberechtigung wurde von vielen naiven Zeitgenossen als legitimer Versuch Deutschlands angesehen, als gleichwertiger Partner an einer europäischen Sicherheitsordnung zu partizipieren.

Während in den ersten Monaten der NS-Herrschaft in Deutschlands Straßen die Gewalt herrschte, SA und Polizei Jagd auf Oppositionelle und „Volksfeinde“ machte, gaben sich die Nazis außenpolitisch moderat und versöhnlich. In Regierungserklärungen und Reden Hitlers wurden auf geradezu theatralische Weise die friedlichen Absichten Deutschlands verkündet. (Vgl. Wette 1989, S. 133-137) Trotz aller öffentlichen Friedensbekundungen dachte die deutsche Führung jedoch nicht daran, von der bereits 1932 unter der Kanzlerschaft Schleichers endgültig beschlossenen und schon Jahre früher geplanten Wiederaufrüstung abzurücken. Hitler hatte bereits am 3. Februar 1933, nur wenige Tage nach seiner

Ernennung zum Reichskanzler, in einer geheimen Rede vor Befehlshabern der Reichswehr und der Marine die Aufrüstung der Reichswehr angekündigt. Das Bestreben des NS-Regimes war es also, einerseits lauthals die Abrüstung der anderen europäischen Staaten zu fordern und sich gleichzeitig, ohne Aufsehen zu erregen, auf keinerlei verbindliche Abkommen einzulassen, welche das geheime Ziel der Aufrüstung hätten bedrohen können. Die Verhandlungen in Genf hatten in dieser Hinsicht einen besonderen Stellenwert, da die Forderung einer Rüstungskontrollkommission, welche auch die deutsche Rüstungspolitik genau verfolgen würde, im Raum stand. Da das offene Bekenntnis zur Aufrüstung, d.h. der offene Bruch des Versailler Vertrags, zu diesem Zeitpunkt zu riskant erschien, verfolgten Hitler, Reichswehrminister Blomberg und der Reichsaußenminister Neurath eine Taktik, bei der einerseits durch Aufwerfen immer neuer Streitfragen und formelle Tricks die Verhandlungen in die Länge gezogen und gelähmt wurden, sowie andererseits Reichskanzler und Regierung bei verschiedenen Anlässen immer wieder öffentlichkeitswirksam ihre Friedens- und Verhandlungsbereitschaft signalisierten bzw. Verhandlungen mit möglichst unverbindlichen Ergebnissen eingingen.

Eines dieser Täuschungsmanöver war schließlich der am 15. Juli 1933 in Rom auf Initiative Mussolinis zwischen Italien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien unterzeichnete Viererpakt. Die Unterzeichnerstaaten bekannten sich zu dem vertraglichen System kollektiver Sicherheit in Europa auf Grundlage der Völkerbundsatzung, des Vertrags von Locarno, des Briand-Kellogg-Pakts und der Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt vom Dezember 1932. [1] Die Vertragspartner verpflichteten sich „im Rahmen des Völkerbundes eine Politik wirksamer Zusammenarbeit zwischen allen Mächten zur Erhaltung des Friedens zur Anwendung zu bringen“ (Art. 1) und „alle Anstrengungen zu machen, um den Erfolg der Abrüstungskonferenz sicherzustellen“ (Art. 3). (Klöss 1965, S. 197) Der Vertrag wurde für eine Dauer von zehn Jahren geschlossen, jedoch fand die

ebenfalls vertraglich festgeschriebene Ratifikation niemals statt. Der Viererpakt trat somit nicht in Kraft und entpuppte sich als papiernes Ablenkungsmanöver.

Als Deutschland auf den Genfer Abrüstungskonferenzen weiterhin mit der Forderung nach Kontrolle des Wehrsystems bzw. der Aufschiebung der Rüstungsgleichheit auf vier Jahre konfrontiert wurde, war dies für die deutsche Regierung der Vorwand die Verhandlungen abubrechen und schließlich am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund auszutreten. Nach diesem Eklat ging die Reichsregierung sogleich wieder auf Beschwichtigungskurs. Noch im selben Monat wurden über verschiedene Kanäle an Frankreich und Großbritannien Friedenssignale ausgesandt, in denen Hitler erklärte keine territorialen Veränderungen an der Westgrenze anzustreben und seine Gesprächsbereitschaft zusicherte. Parallel zu diesen Offerten gegenüber den Westmächten forcierte die Reichsregierung die Annäherung an Polen, womit auch einer potentiellen militärischen Bedrohung durch eine Einkreisung feindlicher Staaten entgegengearbeitet wurde. Resultat dieser Bemühungen war schließlich der deutsch-polnische Nichtangriffspakt, der am 26. Januar 1934 in Berlin abgeschlossen wurde. Auch dieser Vertrag bestand in erster Linie aus allgemein gehaltenen Absichtserklärungen. Der Vertrag war für eine Laufzeit von zehn Jahren vorgesehen und wurde am 27. April 1939 von Deutschland gekündigt.

Nach Deutschlands Austritt aus den Genfer Konferenzen verwandelte sich die Forderung nach internationaler Abrüstung in die Forderung nach deutscher Aufrüstung. Nachdem die Westmächte, so die deutsche Argumentation, nicht zur Abrüstung bereit seien, müsse Deutschland nun aufrüsten, um Rüstungsgleichheit zu erreichen. [2] In einem Gespräch mit dem britischen Botschafter am 24. Oktober 1933 kündigte Hitler die Errichtung eines 300.000 Mann starken Heeres an, womit sang- und klanglos der Bruch des Art. 160 des Versailler Vertrags erklärt und die Wiederaufrüstung als vollendete Tatsache behandelt wurde.

Diese ersten erfolgreichen Schritte zur Aushöhlung und Revision der Versailler Bestimmungen, die offenkundige Hilflosigkeit und Schwäche der diese Verträge garantierenden Mächte und die Anerkennung Nazideutschlands durch den Papst, der höchsten moralischen Autorität in der internationalen Staatenwelt im Rahmen des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 trugen wesentlich zur Konsolidierung der NS-Herrschaft in den ersten Jahren des Dritten Reiches bei und schufen die Grundlage für weitere Schritte in Richtung Wiederaufrüstung.

*„Die terroristischen und antisemitischen Mittel bei der Errichtung der Diktatur hatten die Großmächte nicht davon abgehalten, die neue Regierung als ihresgleichen und als vertragsfähig anzuerkennen. Selbst durch den Austritt aus dem Völkerbund wurde das Reich nicht isoliert, vielmehr entzog es seine Aufrüstungspolitik durch diesen riskanten Schritt der internationalen Kontrolle.“* (Herbst 1997, S. 110)

Deutschlands Absage an eine internationale kollektive Sicherheitsordnung und die klaren Andeutungen entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Truppenstärke des deutschen Heeres über die erlaubten 100.000 Mann zu erhöhen blieben ohne Konsequenzen.

### Römischen Protokolle und französisches Sicherheitssystem

Die verhaltenen Reaktionen der anderen europäischen Mächte mussten Hitler in seinen Expansionsplänen bestärken. Nachdem die Polenfrage vorerst auf Eis gelegt war, kam es zur Krise in den österreichisch-deutschen Beziehungen. Obwohl die Reichsregierung im Sommer 1933 Italien zugesichert hatte, die italienischen Interessen in Österreich zu respektieren und keinen Anschluss Österreichs an das Reich zu verfolgen, mobilisierte die österreichische NSDAP, die organisatorisch als regionale Untergliederung in die Reichs-NSDAP eingebunden war, weiterhin gegen die Regierung Doll-

fuß. Um der österreichischen Regierung gegen die deutsche Destabilisierungspolitik den Rücken zu stärken, gaben schließlich am 17. Februar 1934 Frankreich, Großbritannien und Italien eine Erklärung zugunsten der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs ab. In den am 17. März 1934 unterzeichneten Römischen Protokollen erklärten Ungarn, Italien und Österreich darüber hinaus eine Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Nach dem gescheiterten Aufstand von Teilen des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 eskalierte auch die Auseinandersetzung mit der österreichischen NSDAP, welche am 24. Juli 1934 einen schlecht vorbereiteten Putschversuch unternahm. Der Putsch brach schnell zusammen, doch wurde Engelbert Dollfuß, der Kanzler des Ständestaates, im Bundeskanzleramt durch ein SS-Kommando erschossen. Mussolini lies daraufhin zur Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit italienische Divisionen am Brenner aufmarschieren.

Die folgende außenpolitische Isolierung Deutschlands wurde in den nächsten Monaten vom französischen Außenminister Louis Barthou genutzt, um Schritte gegen die Aufrüstungs- und Großmachtsbestrebungen Deutschlands zu unternehmen. Nachdem Deutschland sich allen Vorschlägen verweigert hatte, die politischen Beziehungen zu seinen

östlichen Nachbarn im Sinne eines Ost-Locarno zu regeln, suchte Barthou nach Bündnispartnern für eine antideutsche Allianz. In der kleinen Entente, ein bereits 1921 beschlossenes und im Februar 1933 erneuertes Defensivbündnis zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, fand Frankreich einen wichtigen Partner im Osten Deutschlands. Aber Frankreich allein wäre zu schwach gewesen, um die Verbündeten im Osten im Falle eines Konfliktes effektiv zu unterstützen und Polen, das gerade einen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit Deutschland geschlossen hatte, war für die Idee eines gegen die deutschen Expansionsbestrebungen gerichteten Sicherheitssystems unempfindlich. Das System hatte Lücken und die französische Außenpolitik ging daran, diese zu schließen. Der im November 1934 unter maßgeblicher Unterstützung Frankreichs zwischen Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und der Türkei abgeschlossene Balkanpakt konnte weitere Staaten des Balkans an das französische Sicherheitssystem binden. Das französisch-italienische Abkommen vom 7. Januar 1935, in dem beide Länder einen Ausgleich ihrer Interessen vornahmen und die Unabhängigkeit Österreichs garantierten, sollte einer abzusehenden Annäherung Italiens an Deutschland vorbeugen und Deutschlands Einfluss in Österreich entgegenarbeiten. Am 2. Mai 1935 wurde in Paris der französisch-sowjetische Beistands-



*Unterzeichnung des Münchener Abkommens in entspannter Atmosphäre*

pakt und am 16. Mai desselben Jahres der tschechisch-sowjetische Beistandspakt abgeschlossen.

Die französische Außenpolitik des Jahres 1934/35 stellte wohl einen der engagiertesten Versuche dar, dem deutschen Machtstreben entgegenzutreten und auf den ersten Blick schien die Isolierung Deutschlands auch gelungen. Doch das französische Sicherheitssystem konnte nicht die geweckten Erwartungen erfüllen. Die verschiedenen Interessen Italiens und Frankreichs am Balkan, im Mittelmeerraum und in Afrika waren kaum zu vereinbaren und die antideutsche Frontstellung des faschistischen Italiens an der Seite der französischen Republik war durch reinen machtpolitischen Opportunismus bestimmt und in keiner Weise für ein dauerndes, von gegenseitigem Vertrauen getragenes Bündnis geeignet. Die Staaten der kleinen Entente und des Balkanpaktes misstrauten der Sowjetunion und waren nur schwer für eine intensivere Zusammenarbeit mit ihr zu gewinnen. Der französisch-sowjetische Beistandspakt wiederum war an viele Bedingungen und Klauseln gebunden, die seine Schlagkraft einschränkten und Ausdruck des gegenseitigen Misstrauens waren. Nachdem beim Attentat eines kroatischen Nationalisten auf König Alexander von Jugoslawien im Oktober 1934 in Marseille auch Barthous ermordet wurde, rückte dessen Nachfolger Pierre Laval von der Annäherung an die Sowjetunion ab. Die vereinbarten Generalstabsbesprechungen zwischen den Vertragspartnern kamen nicht zustande und sowohl Frankreich als auch die Sowjetunion begannen sich nach neuen Optionen umzusehen. Der größte Mangel war jedoch, dass Großbritannien der Annäherung an Italien und die Sowjetunion ablehnend gegenüberstand und sich nicht für ein gemeinsames und entschiedenes Vorgehen gegen Deutschland gewinnen ließ. Damit war die zentrale Achse des ehemaligen alliierten Bündnisses des I. Weltkriegs außer Gefecht gesetzt. Großbritannien war der einzige Partner, mit dem sich ein vertrauenswürdiges und nachhaltiges Bündnis gegen Deutschland bewerkstelligen hätte lassen können und das gleichzeitig über beträchtliches militärisches und politisches Potential verfügte.

## Stresa

Unbeeindruckt von diesen außenpolitischen Vorgängen hielt Deutschland an seiner Politik der militärischen Aufrüstung bzw. der Revision der Versailler Bestimmungen fest. Deutschland hatte im Rahmen der Rüstungsgleichheit systematisch eine Bestimmung des Versailler Vertrags nach der anderen einseitig außer Kraft gesetzt und damit einen völkerrechtlich bindenden Vertrag gebrochen. Nach Art. 160 durfte das deutsche Heer nicht mehr als 100.000 Soldaten umfassen, Art. 198 untersagte jegliche Luftstreitkraft. Im Herbst 1934 hatte das Heer bereits eine Stärke von 250.000 Mann erreicht. Ende des selben Jahres verfügte Deutschland bereits über eine Luftwaffe mit 270 Bomben-, 99 Jagd- und 303 Aufklärungsflugzeugen. Der Rüstungsetat wurde von Jahr zu Jahr erhöht und stieg von 4% des öffentlichen Haushalts im Jahr 1933 auf 18 % (1934) und schließlich 39% im Jahr 1936. Gleichzeitig forderte Deutschland die Einhaltung jener Bestimmungen des Versailler Vertrags, die seinen Interessen entsprachen. Art. 49 schrieb für das Saargebiet, welches bis dahin unter der Verwaltung des Völkerbundes stand, 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags eine Abstimmung unter den Saarländern vor, wobei diese über den endgültigen Status dieser Region entscheiden sollten. Anstatt diese Bestimmung mit Hinweis auf den deutschen Vertragsbruch vorläufig auszusetzen, um den Druck auf die deutsche Regierung zu erhöhen, hielt sich Frankreich bedingungslos an den Vertrag und bewilligte die Abstimmung für den 13. Januar 1935. Die Saar-Abstimmung wurde zum nächsten Erfolg der nationalsozialistischen Regierung. Bei einer Wahlbeteiligung von 98% votierten 90,8 % für den Anschluss an das NS-Regime. Am 1. März wurde das Saargebiet wieder Teil des Deutschen Reiches.

Vertragsbruch und Revisionismus hatten sich derart außen- wie innenpolitisch bezahlt gemacht. Hitler zögerte nicht lange; am 9. März 1935 wurde die deutsche Luftrüstung öffentlich bekannt gegeben und am 16. März wurde entgegen Art. 173 des Versailler Vertrags die

allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Ein am selben Tag beschlossenes Reichsgesetz legte noch einmal eine Erhöhung des Heereskontingents fest. Vor der deutschen Bevölkerung wurde die Aufrüstung scheinheilig durch das in Wirklichkeit durch das Dritte Reich initiierte Wettrüsten gerechtfertigt. Großbritannien, Frankreich und Italien legten Protest ein, gleichzeitig aber setzte Großbritannien weiterhin auf Verständigung mit Deutschland. Erst als Gespräche zwischen Großbritannien und Deutschland am 25. und 26. März ergebnislos verliefen, trafen sich am 11. April Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens in Stresa, um über Gegenmaßnahmen hinsichtlich des wiederholten, deutschen Vertragsbruches zu beraten. Am 14. April wurde das Stresa Abkommen unterzeichnet. Das Abkommen bekräftigte das Ansinnen der drei Staaten, für die Unabhängigkeit Österreichs einzutreten und ging auf die deutsche Wiederaufrüstung ein:

*„Mit Bedauern stellten die Vertreter der drei Regierungen fest, daß die Methode der einseitigen Aufkündigung, die von der Deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als gerade Schritte ergriffen waren, um eine frei zu vereinbarende Regelung der Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Festigkeit einer friedlichen Ordnung erschüttert hat.“*

Weiterhin folgte die Zusicherung sich „an jeder praktischen Maßnahme zu beteiligen, durch die eine internationale Verständigung über die Begrenzung der Rüstungen gefördert werden kann“. (Klöss 1965, S. 214f.) Während Deutschland sich zielstrebig Schritt für Schritt über alle Abkommen und Zusagen hinwegsetzte und unübersehbar sein militärisches Aggressionspotential aufbaute, betonten die europäischen Mächte weiterhin Gesprächsbereitschaft. Der Vorsatz in der abschließenden Erklärung des Stresa Abkommens „sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung zu widersetzen“, blieb vor diesem Hintergrund wenig glaubwürdig und hatte auch keinerlei Folgen. Stattdessen gelang es der deutschen Regierung, welche inzwischen am 21. Mai per Gesetz die Reichswehr in Wehrmacht und den

Reichswehrminister in Reichskriegsminister unbenannt hatte, durch ein bilaterales Abkommen mit England einen Keil zwischen die Entente-Mächte zu treiben. Nach mehreren Sondierungsgesprächen unterzeichneten Deutschland und Großbritannien am 18. Juni 1935 das deutsch-britische Flottenabkommen, worin sich beide Staaten darauf einigten, das Verhältnis ihrer Überwasserflotte auf das Verhältnis 35 (Deutschland) zu 100 (Großbritannien) festzuschreiben. Damit hatte zum ersten Mal eine der Siegermächte des I. Weltkrieges einer über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Aufrüstung Deutschlands vertraglich zugestimmt. Die Stresa-Front war damit nach gerade einmal zwei Monaten aufgebrochen. Die deutschen Konzessionen an die Briten waren völlig belanglos, selbst bei größter Anstrengung war Deutschland gar nicht in der Lage in den nächsten Jahren die erlaubten 35% der britischen Flotte zu erreichen.

## Die Rheinlandbesetzung und deutsche Friedenspläne

Die Ratifikation des französisch-sowjetischen Beistandspaktes (geschlossen am 2. Mai 1935) Ende Februar 1936 war für das Dritte Reich der nächste Vorwand, eine der letzten weiterhin bestehenden zentralen Bestimmungen des Versailler Vertrages aufzuheben. Schon ab Mai 1935 wurde die Presse angewiesen, die angebliche Unvereinbarkeit des französisch-sowjetischen Beistandspaktes mit dem Locarno-Abkommen von 1925 herauszustreichen. Am 7. März 1936 marschierte die Wehrmacht in die nach Art. 42/43 des Versailler Vertrages entmilitarisierte Zone im Rheinland ein. Wie unsicher die deutsche Regierung bei diesem Schritt war, wurde schon daran ersichtlich, dass es gerade einmal drei Bataillone waren, die in das Rheinland einmarschierten. Dem diplomatischen Eklat folgten als zweiter Akt des deutschen Polittheaters die obligatorischen Friedensgesten. [3] Teil dieser Taktik war der am 1. April an die britische Regierung übergebene deutsche Friedensplan. [4]

Der deutsche Friedensplan vom April 1936 stellt einen Höhepunkt nationalsozialistischer Verlogenheit dar und offenbart mit welcher Dreistigkeit Deutschland nichtssagende Parolen zum Besten geben und dabei noch als ernst zu nehmender politischer Akteur galt. Eine Tatsache, die freilich nicht allein der vermeintlich überwältigenden Wirkung deutscher Propaganda zugeschrieben werden kann, sondern ebenso auf dem Unwillen der westeuropäischen Mächte beruhte, eine politische Konfrontation mit dem NS-Regime einzugehen. Der deutsche Friedensplan vom 1. April 1936 sollte die Friedensbereitschaft Deutschlands unterstreichen und gleichzeitig die Besetzung des Rheinlandes bzw. die Revision der Versailler Verträge rechtfertigen. Die Wiederaufrüstung des nationalsozialistischen Regimes, das - wir erinnern uns - 1933 Zehntausende Oppositionelle verhaften, foltern und ermorden ließ, in aller Öffentlichkeit eine bis dahin in der Geschichte einmalige totalitäre Diktatur etablierte, ab 1933 Konzentrationslager errichtete und 1935 die Nürnberger Rassegesetze beschloss, wurde ungeniert als friedenserhaltende Maßnahme verkauft:

„(4) [...] I. Das deutsche Volk ist entschlossen, unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbstständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren. Es sieht in der Vertretung dieser natürlichen internationalen Grundsätze des staatlichen Lebens ein Gebot der nationalen Ehre und eine Voraussetzung für jede praktische Zusammenarbeit der Völker; von der es unter keinen Umständen mehr abgehen wird.

II. Das deutsche Volk wünscht aus aufrichtigem Herzen, mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung und Verständigung der europäischen Nationen zum Zweck der Sicherung des für diesen Kontinent, seine Kultur und Wohlfahrt so notwendigen Friedens.“

Die vielbeschworene Gleichberechtigung, die als „erste Voraussetzung für die Abmachung freier und damit geheiligter Verträge“ genannt wurde, war ein Euphemismus, der sich nur auf die

Wiederherstellung der vollen Souveränität in militärischen Belangen (territorial im Falle der Rheinlandbesetzung, allgemein die Aufrüstung betreffend) beziehen konnte, da Deutschland zu diesem Zeitpunkt keinen anderen ernstzunehmenden Beschränkungen mehr unterworfen war. Im konkreten Streitfall war Deutschland zu keinen Konzessionen bereit, explizit wurde jede Schlichtung der durch die Rheinlandbesetzung ausgelösten Krise durch internationale Gremien als Eingriff in die staatliche Souveränität abgelehnt. Zwar erklärte sich Deutschland bereit, keine Verstärkung der bestehenden Truppen im Rheinland vorzunehmen, die Truppen nicht näher an die belgische oder französische Grenze zu bewegen, eine internationale Kommission zur Garantierung dieser Zusicherungen einzurichten und „auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit ihren beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen“. Die militärische Besetzung des Rheinlandes selbst galt jedoch als *Fait accompli*. Dafür wurden nun umfassende Zusicherungen für mögliche Friedensabkommen abgegeben. Deutschland erklärte sich bereit in Verhandlungen „über den Abschluß eines 25-jährigen [!] Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits“ einzutreten, welche den „Charakter eines versöhnlichen Abschlusses einer jahrhundertelangen Entzweiung“ annehmen sollten. In Schulbüchern sollte alles vermieden werden, „was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker zu vergiften“. Damit nicht genug wurde der Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund und „praktische Maßnahmen“ gegen das Wettüben, zur „Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker“ und deren „psychologische[n] Entspannung“, in Aussicht gestellt. Der Luft- und U-Boot-Krieg sollte durch internationale Konventionen geregelt, der Bau von schweren Panzern und Artillerie verboten werden, schließlich müsste es „einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entar-

tung zu unterbinden“. Abschließend heißt es:

„32. Die Deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europas auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.“ (Alle Zitate des deutschen Friedensplanes: Klöss 1965, S. 223-231)

Tatsächlich stieß das deutsche Friedensangebot auf internationales Interesse, Großbritannien antwortete mit einem Fragekatalog, der Erläuterungen zum deutschen Friedensplan forderte. Dem Fragekatalog wurde niemals geantwortet, der Friedensplan diente allein dazu, den Verfechtern der Appeasementpolitik in kritischen Zeiten symbolträchtige Argumente in die Hand zu geben. Nachher wurde die großspurige deutsche Friedensinitiative sang- und klanglos zu den Akten gelegt. Die Rheinlandbesetzung, der offene Bruch des Vertrags von Locarno, blieb für Deutschland ohne ernst zu nehmende Konsequenzen. Italien war durch seinen Angriff auf Abessinien am 3. Oktober 1935 international isoliert und an einer Annäherung an Deutschland interessiert. Mussolini hatte Hitler bereits zugesagt, dass Deutschland im Falle einer einseitigen Aufkündigung von Locarno durch Italien keine politischen Gegenmaßnahmen zu erwarten hätte. Großbritannien war ohne Rücksicht auf die innenpolitischen Verhältnisse des Dritten Reiches bzw. seines wiederholten Bruchs von Verträgen und Zusagen weiterhin an einer Verständigung mit Deutschland interessiert und hatte schon vor dem 7. März für den Fall einer Besetzung der demilitarisierten Zone durch deutsche Truppen militärische Sanktionen gegen Deutschland ausgeschlossen, Frankreich hingegen konnte sich nicht entschließen ohne britische Rückendeckung gegen Deutschland vorzugehen.

Am 19. März 1936 musste sich Deutschland eine formelle Verurteilung durch den Völkerbund gefallen lassen, dafür hatte sich seine sicherheitspolitische Lage wesentlich verbessert. Das entmilitarisierte Rheinland war ein ideales Einfallstor für französische bzw. europäische Interventionstruppen. Im Falle einer deutschen Aggression hätten Interventionstruppen innerhalb kürzester Zeit mitten in Deutschland gestanden und darüber hinaus wichtige Industriegebiete bedroht. Für die deutschen Militärs bedeutete die entmilitarisierte Rheinlandzone ein unkalkulierbares Risiko, bereits kurze Zeit nach der Besetzung begann der Bau von Feldbefestigungen. Eine der letzten praktisch wirksamen Versicherungen gegen eine neuerliche deutsche Aggression war aufgegeben worden. [5]

### Appeasement

In den Jahren 1933 bis 1936 als Deutschland militärisch noch unterlegen war, gab es genug Versuche und Möglichkeiten, Aufrüstung und imperialistische Expansion des Dritten Reiches zu verhindern. Die Uneinigkeit der Siegermächte des I. Weltkrieges war sicherlich das zentrale Hindernis für eine wirksame Intervention gegen das aufstrebende Dritte Reich. Frankreich vertrat über lange Zeiträume, nicht zuletzt aus handfesten sicherheitspolitischen Erwägungen, eine harte Linie gegenüber Deutschlands revisionistischer Politik, doch stand es mit der Forderung nach effektiven Sanktionen gegen Deutschland alleine da. Italien hatte sich mit der Machtübernahme durch die Faschisten 1922 bereits wenige Jahre nach dem Ende des I. Weltkrieges zunehmend vom politischen Konsens der Entente distanziert und propagierte selbst vor allem im Mittelmeerraum einen aggressiven Imperialismus („Mare Nostro“), der es notwendigerweise in einen Gegensatz zu Großbritannien bringen musste. Italiens eigene Machtinteressen, die über den politischen Status quo weit hinaus gingen und eine deutliche Neigung zu antidemokratisch-imperialistischen Ordnungsvorstellungen erkennen ließen, begründeten dessen Unwillen, aktiv an einer nachhaltigen demo-

kratischen und friedenserhaltenden Politik in Europa mitzuwirken; Italiens Politik blieb bis 1936 im wesentlichen opportunistisch. Man war zwar durchaus bereit an einer Front gegen Deutschland mitzuwirken, wie es 1935 im Stresa Abkommen geschah, doch die Beteiligung an diplomatischen antideutschen Manövern blieb stets taktisch motiviert und rein formal. Weder war man bereit, sich an weiterreichenden Schritten gegen Deutschland zu beteiligen, noch war man ein verlässlicher Bündnispartner, dessen Verhalten Teil einer langfristigen Strategie hätte werden können. Damit war die erste Bresche in die Front der ehemaligen Alliierten geschlagen und die Verantwortung für die Umsetzung der Versailler Bestimmungen blieb an Frankreich und Großbritannien hängen, letzteres war jedoch nicht für ein konsequentes Vorgehen gegen Deutschland zu gewinnen.

Großbritannien hatte sicherlich kein Interesse an der Verbreitung antidemokratischer und totalitärer Tendenzen in Europa, doch ebenso wenig hatte man, im Gegensatz zu Frankreich, ein handfestes Interesse, dieser Gefahr nachdrücklich entgegenzutreten. Erstaunlicherweise hatten führende militärische und politische Vertreter bereits 1933 eine überaus realistische Einschätzung der Lage abgegeben. Bereits im November 1933 hatte das Defence Requirements Sub-Committee gefordert, Deutschland als Hauptgegner anzusehen, gegen den sich alle langfristigen Verteidigungsmaßnahmen richten müssten. Sir Robert Vansittart, Mitglied des Komitees, hatte einige Monate vorher sogar erklärt, Deutschland werde Österreich annektieren, Polen, Frankreich und vielleicht auch Großbritannien angreifen, sollte seine Aufrüstung nicht gestoppt werden. Trotz dieser und anderer hell-sichtiger Analysen wurde ein möglicher Krieg dennoch nur als Extremfall angesehen, der durch das internationale Sicherheitssystem und Verhandlungen zu vermeiden sei. Eine konsequente militärische und politische Ausrichtung bzw. Vorbereitung auf eine ernsthafte Konfrontation mit Deutschland war nicht Grundlage der britischen Politik. [6]

Großbritannien verfolgte unbeirrt eine, nicht unbedingt grundsätzlich zu

verurteilende, Politik der Deeskalation und der Eindämmung, deren faktische Folgen jedoch nicht Gegenstand einer konsequenten Reflexion wurden. Die Appeasementpolitik verlangte als Adressaten eine Partei, welche zu guter Letzt bereit war, aus rationalen Gründen von weiterführenden aggressiven Schritten abzusehen und eine gewaltlose Befriedung eines Konflikts zu unterstützen. In diesem Zusammenhang machte es durchaus Sinn, einem Aggressor bestimmte schmerzliche Zugeständnisse zu machen, um nicht Hals über Kopf eine kriegerische Auseinandersetzung mit möglicherweise hohen Opferzahlen zu provozieren. Doch sollte Appeasementpolitik Teil einer vernünftigen und klaren politischen Zielsetzung sein, dann hatte sie sich auch Rechenschaft abzulegen, ob ihr Ziel - Verhinderung und Eskalation der Aggression - auch tatsächlich erreicht würde und welche Schritte im Falle eines Scheiterns zu unternehmen seien.

Tatsächlich war die britische Appeasementpolitik - das gilt wohl für jede internationale Politik - nicht allein Produkt einer selbstgewählten, durchdachten außenpolitischen Strategie, sondern ebenso Resultat einer Vielzahl verschiedener ökonomischer, innen- und außenpolitischer Faktoren, die wenig oder gar keine Beziehung zum Fall Deutschland aufwiesen. Die Macht des Empire beruhte um die Jahrhundertwende nicht allein auf seiner militärischen Stärke, sondern ebenso auf seiner Stellung als Wirtschafts- und Finanzmacht, einer Stellung, die Großbritannien durch die Entwicklung von Welthandel und Weltmarkt im Zuge von Kolonialismus und Imperialismus zugefallen war. Das Empire umfasste im 20. Jahrhundert riesige Gebiete in der ganzen Welt. Neben Kanada, Australien, Neuseeland und Indien besaß Großbritannien große Gebiete in Afrika, die sich vom Sudan bis nach Südafrika erstreckten, im pazifischen Raum Malaysia und Teile Neu-Guineas, Besitzungen an der Südküste der arabischen Halbinsel und im karibischen Raum sowie unzählige Stützpunkte und Inseln, die quer über den Globus verteilt waren. Die militärische Macht Großbritanniens konnte niemals ausreichen, um die für den Handel geforderte Stabilität und Sicherheit in

diesen riesigen Gebieten bzw. den entsprechenden Handelsrouten allein durch militärische Gewalt bzw. Präsenz zu erzwingen. Ziel der Politik Großbritanniens war daher schon aus praktischen Gründen der Abbau von internationalen Spannungen und die Kriegsvermeidung. Die ökonomische Macht des Empire war nach den Kosten des I. Weltkriegs und durch die zunehmende internationale Konkurrenz angeschlagen. In den 30er Jahren trat zum ersten Male seit knapp hundert Jahren ein Zahlungsbilanzdefizit auf. Eine massive Forcierung der Rüstungsindustrie, um für einen potentiellen Konflikt mit Deutschland gerüstet zu sein, hätte eine erhebliche Belastung des Staatshaushalts bedeutet und konnte unter diesen Umständen nur schwer Unterstützung gewinnen. Dazu kamen soziale Konflikte in Großbritannien selbst, die Unabhängigkeitsbestrebungen in Irland und Indien sowie die Herausforderung durch den italienischen und japanischen Imperialismus im Mittelmeerraum bzw. in China, welche den politischen Status quo bedrohten. Großbritannien war in der Zwischenkriegszeit als einzige Großmacht in alle großen Krisenherde verwickelt und trachtete vernünftigerweise danach die Situation zu entspannen, um nicht in einen oder gar mehrere kriegerische Konflikte involviert zu werden. Eine militärische Intervention in den Jahren 1933 bis 1935, die nur als ein Teil langfristiger gegen Deutschland gerichteter Maßnahmen sinnvoll hätte sein können, hätte zudem selbst bei der anfangs noch gegebenen militärischen Überlegenheit der Westmächte umfassender Vorbereitungen bedurft und wäre nicht im Handumdrehen umzusetzen gewesen. Für einen demokratischen Staat wie Großbritannien hätte dies bedeutet, einen innenpolitischen Konsens für effektive Sanktionen gegen Deutschland zu erreichen bzw. gegebenenfalls gegen innenpolitische Widerstände weitreichende außenpolitische Schritte zu setzen und die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen. In Großbritannien konnte bis 1937 weder ein Konsens für offensive militärische Schritte gegen das Dritte Reich gefunden werden, noch waren die betreffenden Regierungen bereit, ihre politische Zukunft für vermeintliche außenpolitische Abenteuer zu riskieren. Die Masse

der britischen Wähler trat für Verhandlungen, allgemeine Abrüstung und Friedenssicherung ein und zwar weniger aus Sympathie für Nazideutschland, sondern im festen Vertrauen auf die Kraft des Völkerbundes und den Willen der Menschen in Europa, keine Wiederholung der Katastrophe von 1914 zuzulassen. Die Aufrüstung wurde, nicht völlig zu Unrecht, als Vorspiel zum Krieg begriffen, der Einhalt geboten werden müsse und diese Überzeugung wurde in Großbritannien auch in unzähligen Kampagnen, Versammlungen und Demonstrationen vorgebracht. Die stillschweigende Grundannahme dieser Friedensbereitschaft war jedoch, dass einer militärischen und diplomatischen Abrüstung der Westmächte eine entsprechende Mäßigung Italiens und Deutschlands folgen würde, eine Annahme, die eher auf Wunschenken als auf einer kritische Analyse der politischen Verhältnisse basierte.

Frankreich hingegen hatte ein elementares Interesse an einer harten Linie gegenüber Deutschland. Zwei große Kriege gegen den mächtigen Nachbarn (1870, 1914) hatten in Frankreich Befürchtungen eines weiteren Krieges genährt. Allzu ersichtlich war die Tendenz des deutschen Imperialismus, die zweite Großmacht auf dem Kontinent als Hindernis für die eigenen Interessen anzusehen. Tatsächlich waren die Versailler Bestimmungen weder ein willfähiges Instrument zur Etablierung einer französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent, noch sollte oder konnte damit nennenswerter Einfluss auf die deutsche Innenpolitik genommen werden. Dafür garantierte die Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen des vielgeschmähten Vertrags, jede erneute deutsche Aggression in Zukunft praktisch unmöglich zu machen. Dies war fraglos ein Eingriff in die Souveränität des deutschen Staates, in Anbetracht eines von Deutschland initiierten Weltkrieges, der die astronomische Summe von zehn Millionen Toten gefordert hatte, jedoch durchaus nachvollziehbar. Die französischen Regierungen konnten nur ungläubig erstaunt gewesen sein, als das NS-Regime Schritt für Schritt daran ging, ihre schlimmsten Befürchtungen zu erfüllen. Dass Deutschland schon fünfzehn Jahre nach den verheerenden Erfah-

rungen des I. Weltkrieges zielstrebig daran ging, alle Voraussetzungen zu schaffen, um ohne Not und ohne Rücksicht auf ökonomische und politische Konsequenzen einen erneuten Weltkrieg zu entfachen, war letztlich weder in Frankreich und noch weniger in Großbritannien mit all seinen Konsequenzen zu begreifen. Ungeachtet aller weitsichtigen Analysen hielt Großbritannien an seiner Appeasementpolitik fest und sperrte sich gegen alle französischen Forderungen nach effektiven Sanktionen gegen Deutschland. Frankreichs Versuche mit anderen Staaten eine Front gegen Deutschland aufzubauen, entbehrten ohne Großbritannien einer festen militärischen und politischen Basis.

Aus dieser Konstellation erwuchs die Appeasementpolitik, deren Akteure sich jedoch als unfähig erwiesen, die faktischen Konsequenzen dieser Politik, d.h. ihr offensichtliches Scheitern zu reflektieren: Weder wurden die weitreichenden Zugeständnisse der Westmächte durch ernstzunehmende Konzessionen seitens Deutschlands beantwortet, noch trat eine nachhaltige und vertrauenswürdige Beruhigung (Appeasement) der internationalen Beziehungen ein. [7] Schließlich führte jedes Nachgeben der Westmächte im Namen der Deeskalation nur dazu, direkt und indirekt das militärische Aggres-

sionspotential der Deutschen und ihren destabilisierenden Einfluss in Europa zu erweitern. So war die Appeasementpolitik ein Selbstläufer, der ohne klare inhaltliche Bestimmung zur Selbstbeschwichtigung taugte, um die eigene außenpolitische Ziel- und Konzeptlosigkeit zu verdecken, aber seinem selbstgesteckten Ziel in keiner Weise gerecht wurde. Tatsächlich schuf Appeasement derart die Grundlage für den ultimativen Krieg 1936, nachdem Deutschland über drei Jahre lang seine Absicht, um jeden Preis aufzurüsten und keine internationalen Abmachungen zu respektieren, zur Genüge bewiesen hatte, war die Möglichkeit zum Handeln gegeben. Die vertragswidrige Besetzung des Rheinlandes gab Frankreich zumindest formal die Handhabe zur Intervention gegen Deutschland. Der Historiker Ludolf Herbst dazu:

*„Die französische Regierung hätte die meiste Veranlassung gehabt, Hitlers Vertragsbruch als Casus belli zu betrachten, zumal Frankreichs Sicherheitsinteressen hierdurch in elementarer Weise betroffen waren, aber - das zeichnete sich schon am Nachmittag des 7. März ab - Paris hätte allein, ohne britische und belgische Unterstützung vorgehen müssen. Man hatte das im französischen Ministerrat erwogen, dann aber wieder verworfen. Man dachte die mögliche Gegenaktion*

*bis zur letzten Konsequenz, dem Krieg durch, fühlte sich aber dem Risiko langfristig nicht gewachsen. [...] Schließlich ließ man sich auf den Weg über den Völkerbund ein und entschied sich für die Politik des geringeren Risikos, für den Frieden. Ausschlaggebend scheint gewesen zu sein, daß General Gamelin für jede militärische Aktion die Allgemeine Mobilmachung forderte, um kein unkalkulierbares Risiko zu laufen.“* (Herbst 1997, S. 147f.)

Einmal mehr war Frankreich vor die Alternative gestellt, allein zu intervenieren oder gar nichts zu tun. Doch Frankreich befand sich

in den 30er Jahren in einer innenpolitischen Dauerkrise. Die Weltwirtschaftskrise hatte in Frankreich zwar nicht die verheerenden Zusammenbrüche zur Folge wie in anderen Ländern, dafür währte die Depression jedoch bis ins Jahr 1938. Dazu kamen heftige Auseinandersetzungen zwischen einer erstarkenden antidemokratischen extremen Rechten und der Arbeiterbewegung. Die Instabilität der sozialen Verhältnisse kam nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, dass zwischen 1933 und 1939 nicht weniger als fünfzehn Regierungen im Amt waren, einige davon nur wenige Tage. Eine kontinuierliche und starke Außenpolitik war unter diesen Umständen von Frankreich allein schwer zu erwarten. Hitler hatte instinktiv die Uneinigkeit der Westmächte und ihr Zögern als Zeichen von Schwäche erkannt. Wenn er auch keineswegs über den Ausgang seines Hasardspiels sicher sein konnte und immer wieder von Zweifeln geplagt war, so hatte er im Ganzen doch richtig gepokert. Die primitive deutsche Taktik, die in nichts anderem bestand als vollmundige Versprechungen zu geben, Gesprächsbereitschaft zu signalisieren (ohne ernsthafte Gespräche einzugehen), vollendete Tatsachen zu schaffen und Lügen zu verbreiten, war tatsächlich aufgegangen. Umgekehrt hatten die Westmächte alle Möglichkeiten ausgelassen, gegen Deutschland zu einem Zeitpunkt, als es militärisch und politisch noch angreifbar war, zu intervenieren. In seinen Memoiren schreibt Churchill:

*„Damals aber, bis 1934, hätte die entschlossene Durchführung der Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrags der ganzen Menschheit auf unbeschränkte Dauer und ohne Gewalt oder Blutvergiessen Frieden und Sicherheit erhalten können. Diese Notwendigkeit wurde jedoch vernachlässigt, solange die Übertretungen geringfügig waren, und später, als sie ernste Ausmasse annahmen, schreckte man davor zurück. So wurde die letzte Gewähr für einen dauerhaften Frieden verspielt. Die Verbrechen der Besiegten werden durch die Torheiten der Sieger verständlich, wenn auch nicht verzeihlich. Ohne diese Torheiten hätte sich weder die Versuchung noch die Gelegenheit zum Verbrechen geboten.“* (Churchill 1953, S. 31)



*Chamberlain (erster von links) und Hitler (weiter rechts)*



Die Krone der Verkehrung waren die deutschen Friedensinitiativen und -erklärungen, an ihnen wird jedoch nicht nur die Verlogenheit des NS-Regimes, sondern auch die Korruption der deutschen Bevölkerung ersichtlich. Hitlers Friedensreden und die deutschen Friedensinitiativen waren keineswegs das Meisterstück deutscher Propaganda, wie es manche darstellen wollen. Es waren nichts als haarsträubende Lügen, deren Wirkung sich nicht aus ihrem Inhalt oder irgendwelchen ausgefeilten Propagandatricks erklären lässt, sondern zuerst in der Bereitwilligkeit der vermeintlich belogenen Öffentlichkeit zu suchen ist, sich jeden Bären aufbinden zulassen, solange es ihren Interessen bzw. ihrem Selbstverständnis entspricht. Als Hitler am 23. März in seiner Regierungserklärung zum Ermächtigungsgesetz seine friedlichen Absichten beteuerte und jedem Volke „die Hand zu aufrichtiger Verständigung“ (Domarus 1962, S. 235) reichte, wurden in den Straßen Deutschlands seit über einem Monat in aller Öffentlichkeit Oppositionelle gejagt, geschlagen, vorgeführt, in Gefängnisse, Konzentrationslager oder in SA- und Parteihäuser bzw. Keller verschleppt und zum Teil ermordet. Razzien und Massenverhaftungen in Arbeitervierteln, Plünderungen und Verwüstungen von Parteibüros, Gewerkschaftshäusern und Privatwohnungen waren in diesen Tagen die Regel. Die Errichtung von Konzentrationslagern wurde öffentlich bekannt gegeben, die Feinde des NS-Regimes, Juden, Roma, Sinti, Arbeitsverweigerer, Kommunisten und viele andere alltäglich schikaniert und gedemütigt. Wer unter diesen Zuständen an die friedliche Natur des NS-Regimes glaubte, war nicht Opfer einer Manipulation, sondern Kumpan einer im wahrsten Sinne des Wortes blutigen Verschwörung. Die Selbstdarstellung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft als harmonische, friedliebende Einheit, die Selbstgleichschaltung der Massen zu einem auf Gewalt und Irrsinn basierenden Staat, die ausbleibende antifaschistische Revolte waren ohne Zweifel Hitlers größte Trümpfe. Jedes Referendum, jedes Massenspektakel bewies der Welt, dass die Deutschen an Hitler und den Nationalsozialismus glaubten. Unter dem Mantel der Devise *Gleichberechtigung* und ge-

richtet gegen eine vermeintliche Diskriminierung wurde deutsche Aufrüstung zum Garant für Frieden. Die Tollkühnheit und Unberechenbarkeit der deutschen Politik hatten wahrscheinlich eine lähmende und zermürbende Wirkung auf die Verteidigungsbereitschaft der Westmächte und es dauerte lange, bis sich Frankreich und Großbritannien endlich aus dieser Hilflosigkeit befreiten. 1937/1938 schienen den maßgeblichen Verantwortlichen in Großbritannien und Frankreich endlich die Augen aufzugehen. Die verheerende Politik eines Neville Chamberlain war eine letzte Nachwirkung jener Blindheit, auf anderen Ebenen waren zu diesem Zeitpunkt auch in Großbritannien die Weichen bereits auf die zu erwartende Konfrontation eingestellt. Mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 durch das Dritte Reich war endlich jener Punkt erreicht, an dem die Westmächte zum Krieg gegen den Nationalsozialismus bereit waren. Allein, die Jahre der Appeasementpolitik hatten der Wehrmacht einen gewaltigen Rüstungsvorsprung gegeben, denn diese nun erbarmungslos einzusetzen gewillt war. Die Deutschen hatten einen Krieg begonnen, den sie letztlich nicht gewinnen konnten, doch ihr militärisches Potential reichte dazu, sechs Jahre lang Krieg zu führen, halb Europa zu verwüsten und ein in der Geschichte beispielloses wahnsinniges und apokalyptisches Mordunternehmen zu starten. Für sechs Millionen Juden und Jüdinnen und Millionen anderen Individuen, die Opfer des nationalsozialistischen Terrors wurden, kam die Einsicht der noch-zivilisierten Staaten zu spät: Ein Chance auf Frieden als Freiheit von Gewalt und Terror ist manchmal nur um den Preis eines Krieges zu haben.

Im Frühjahr 1940 erklärte Goebbels vor Pressevertretern:

*„1933 hätte ein französischer Ministerpräsident sagen müssen (und wäre ich französischer gewesen, ich hätte es gesagt): der Mann ist Reichskanzler geworden, der das Buch Mein Kampf geschrieben hat, in dem das und das steht. Der Mann kann nicht in unserer Nachbarschaft geduldet werden. Entweder er verschwindet, oder wir marschieren. Das wäre durchaus logisch gewesen. Man hat*

*darauf verzichtet. Man hat uns gelassen, man hat uns durch die Risikozone [die Phase der militärischen Schwäche des Dritten Reiches, L.L.E.] ungehindert durchgehen lassen, und wir konnten alle gefährlichen Klippen umschiffen, und als wir fertig waren, gut gerüstet, besser als sie, fingen sie den Krieg an.“* ■

### Anmerkungen:

\* Joseph Goebbels

[1] Die Verträge von Locarno vom Oktober 1925 beinhalteten u.a. eine Garantie, der im Versailler Vertrag festgelegten Grenze zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland, der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages über die demilitarisierte Zone im Rheinland und eine Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Deutschland und Belgien. Der Briand-Kellogg- oder Kriegsächtungspakt vom August 1928 bekundete einen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik. Er wurde von 60 Staaten u.a. von Deutschland, den USA, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Polen und der Tschechoslowakei unterzeichnet.

[2] Hitler, 23. März 1933: „Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einlösung des uns gegebenen Abrüstungsversprechens der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen abzusehen zu können, sofern endlich auch die übrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen. Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit.“ 17. Mai 1933: „Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind, und wenn dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von

Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen.“ 14. Oktober 1933: „Denn die Verteidigungsanlagen der anderen Völker sind ja gegen schwerste Angriffswaffen gebaut, während Deutschland keine Angriffswaffen, sondern nur jene Verteidigungswaffen fordert, die auch in Zukunft nicht verboten, sondern sämtlichen Nationen gestattet sind.“ (Domarus 1962, S. 235, 276, 313)

[3] „Die Vertragsbrüche und Aggressionshandlungen des NS-Regimes in den Jahren 1936 - 1939 verliefen nach einem ziemlich einheitlichen taktischen Muster: Zunächst wurde das gesteckte politische Teilziel propagandistisch aufbereitet; sodann schuf der Einsatz militärischer Gewalt in raschem Zugriff vollendete Tatsachen; die Propaganda versicherte daraufhin regelmäßig der überraschten Weltöffentlichkeit, dass das Deutsche Reich nunmehr keine weiteren territorialen Ansprüche habe, daß die Erhaltung des Friedens nach wie vor das höchste Ziel sei, um jedoch zugleich drohend hinzuzufügen, daß das Reich inzwischen auch seine militärische Macht zurückgewonnen habe.“ (Wette 1989, S. 152)

[4] Der Friedensplan vom April 1935 war nur die letzte Version deutscher Friedensangebote. (Vgl. Domarus 1962, S. 511-514, 595)

[5] „Das entmilitarisierte Rheinland bildete einen weißen Fleck in den militärstrategischen Voraussetzungen des Rüstungsprogramms. Und je nach der Frankreich zugeordneten Rolle in der Phase der deutschen Expansion mußte die Eingliederung des Rheinlands entweder als Aufmarsch- oder als Sicherheitszone für die militärische Organisation des Reiches als unentbehrliche Voraussetzung gelten.“ (Messerschmidt 1989, S. 728; vgl. auch Deist 1989, S. 505f.)

[6] Nach Messerschmidt fußte die britische Außenpolitik auf drei Überzeugungen: „1. Die Reparationspolitik nach französischem Muster habe versagt, 2. Deutschland müsse in ein kollektives Sicherheitssystem zurückgebracht werden,

3. das sei nur denkbar, wenn die Tatsache der geheimen Aufrüstung hingenommen und nicht über zerschlagenes Porzellan gestritten werde. Für die Zukunft müsse der Grundsatz der Gleichberechtigung gelten. Damit werde erst das Klima geschaffen, das es Deutschland erlaube, zu konstruktiver internationaler Friedenssicherungs-Mitarbeit zurückzukehren. Die Alternative sei ein neuer Rüstungswettlauf, da keine Macht bereit sei, Deutschlands Aufrüstung zu stoppen.“ „Außenpolitik wurde nicht verstanden als der kürzeste Weg zur Mobilisierung einer Front gegen den als solchen erkannten potentiellen Gegner Nr. 1, nämlich Deutschland. Dem steten Drängen Frankreichs auf festere militärische Absprachen wich London aus.“ (Messerschmidt 1989, S. 721, 760. Vgl. ferner S. 671-674, 708)

[7] „Hitler konnte, wie es nach der ‚Machtergreifung‘ geschah, zur Tarnung seiner eigentlichen Absichten vorläufige Ziele ansteuern und sich dabei einer verharmlosenden, irreführenden Sprache bedienen. Aber er hat zu keiner Zeit einer internationalen Friedensordnung zugestimmt, die ein friedliches Nebeneinander auf Dauer voraussetzte.“ (Messerschmidt 1989, S. 643. Vgl. auch S. 700) Sämtliche französische und britische Vorschläge, die eine Aufrüstung Deutschlands im Rahmen einer Verhandlungslösung offerierten, wie der von Frankreich bei den Genfer Abrüstungskonferenzen vorgetragene Cot-Plan, der einen Ausgleich in Form des Aufbaus einer deutschen Defensiv-Streitmacht vorschlug, wurden bewusst zu Fall gebracht: „Es müsse, so instruierte er [Außenminister Neurath, L.L.E.] den deutschen Delegationsführer Nadolny am 15. Februar 1933, ‚der mangelnde Abrüstungswille Frankreichs‘ in Erscheinung treten, falls die Konferenz scheitere. Den Cot-Plan umging er zusammen mit Blomberg [Reichswehrminister, L.L.E.]. Blomberg sorgte für eine Weisung an die deutsche Delegation, eine Abstimmung über den Cot-Plan zu vermeiden. Ein umfangreicher Vorfragen-Katalog sollte die Behandlung des Planes verzögern und schließlich unmöglich machen.“ (Messerschmidt 1989, S. 686; vgl. auch Deist 1989, S. 471)

[8] Goebbels am 5. April vor geladenen Vertretern der deutschen Presse. (Zitiert in: Wette 1989, S. 134)

### Literatur:

Churchill, Winston S., *Der Zweite Weltkrieg. Erster Band. Der Sturm zieht auf*, Bern und München 1953.

Deist, Wilhelm, *Die Aufrüstung der Wehrmacht*, in: Deist, Wilhelm/Messerschmidt, Manfred/Volkman, Hans-Erich/Wette, Wolfram, *Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt/M. 1989, S. 437-637.

Domarus, Max, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem Zeitgenossen. I. Band. Triumph 1932-1938*, Würzburg 1962.

Herbst, Ludolf, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Darmstadt 1997.

Klöss, Erhard (Hg.), *Von Versailles zum Zweiten Weltkrieg. Verträge zur Zeitschichte 1918-1939*, München 1965.

Messerschmidt, Manfred, *Außenpolitik und Kriegsvorbereitung*, in: Deist/Messerschmidt/Volkman/Wette 1989, S. 639-850.

Wette, Wolfram, *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: Deist/Messerschmidt/Volkman/Wette 1989, S. 23-208.